



Vermögenssteuer und höhere Löhne!

Ein wesentliches Element des gewerkschaftlichen Kampfes um Umverteilung ist, wie die aktuelle ÖGB-Kampagne zurecht (jedoch nur in völlig unzureichender abgeschwächter Form) einfordert, die (Wieder-) Einführung einer - einst in trauter „sozialpartner“-schaftlicher Eintracht unter SP-Kanzler Vranitzky abgeschafften - **Vermögenssteuer Neu**; inklusive der dafür notwendigen Vermögensstransparenz im Land.

Dem vom mittlerweile zurückgetretenen Finanzminister Spindelegger angeführten Mauern gegen die längst überfällige Besteuerung der Millionäre und Milliardäre, wie der dahingehend kompromisshaften Annäherung ist **konsequent** die Stirn zu bieten!

Es ist hoch an der Zeit, dass der ÖGB seinen Kuschelkurs gegenüber Kapital und Regierung beendet und die Kraft seiner Mitglieder zur Unterstützung der Forderung mobilisiert.

Resolutionen, Unterschriftenlisten und Inserate werden ebenso wenig reichen, wie auch der Zwei-Drittel-Anteil an SP-Regierungsmitgliedern aus den Gewerkschaften erfahrungsgemäß nicht das Geringste ändern wird.

Wie viel von den Löhnen und Gehältern an die öffentliche Hand abzuführen ist, ist jedoch lediglich eine Seite der Medaille - wie hoch der Anteil der Einkommen am Mehrwert und Profit der Unternehmen beträgt, die andere. Und der Kampf darum ist entgegen der Mär der „guten Lohn- und Gehaltserhöhungen“ der letzten Jahre endlich mit einer **offensiven Lohnpolitik** in Angriff zu nehmen!

Der ÖGB als überparteiliche Interessensvertretung muss die Initiative für große und flächendeckende Aktionen ergreifen!

KOMintern
Kommunistische Gewerkschaftsinitiative - **International**
Kommunistische Gewerkschaftsinitiative - **International**
Bundesbüro: Rankgasse 2/5, 1160 Wien * info@komintern.at

Das ÖGB/AK-Modell hält nicht was es verspricht!

Hunderttausende Unterschriften und über 5.000 TeilnehmerInnen bei der österreichweiten Betriebsrätekonferenz „Lohnsteuer runter!“ sind eine gewaltige Zahl und zeigen, zu welchen Mobilisierungen der ÖGB in der Lage wäre. Auch KOMintern begrüßt die Kampagne. Doch knieweiche Forderungen ohne Durchsetzungsstrategie werden keine unabdingbare, konsequente Umverteilung von oben nach unten erbringen.

Mangelnde Gegenfinanzierung

* Das ganze Modell hat zunächst mehr den Charakter eines vorweggenommenen „sozialpartner“-schaftlichen Kompromisses, wie er normalerweise erst am Ende zäher Auseinandersetzungen stehen mag. Anstatt klaren Finanzierungsforderungen, die die Reichen, die Millionäre und Milliardäre sowie Finanz-Rentiers zur Kasse bitten begehnen ÖGB & AK so schon im Vorfeld den Kniefall einer „sozialpartner“-schaftlichen Mixtur einer „ausgewogenen Gegenfinanzierung“.

* Ein weiterer Preis dieser zugleich stark Kanzler-zentrierten politischen Orientierung ist das Vage-bleiben des Papiers ohne näher konkretisierte Forderungen. So etwa spielt das bis vor kurzem massiv eingebrachte - vom SPÖ-Modell abweichende - ÖGB-Vermögenssteuermodell kaum mehr eine Rolle, um der SPÖ und ihrer Reagierungscoalition breiten Spielraum zu gewähren.

Tatsächliche Entlastung sieht anders aus!

Die Senkung des Eingangssteuersatzes auf 25% ist unumgänglich. Und zwar mit 1.1. 2015!

* Keinesfalls tragbar ist allerdings, dass man - wie überraschend im ÖGB/AK-Modell formuliert - bereits ab einem Brutto-Monats-einkommen von 2.000,- Euro schon wieder in die nächsthöhere und mit 9% am steilsten ansteigende Steuerstufe von 34% hineinwächst. Damit würde für weite Bereiche der Beschäftigten und FacharbeiterInnen annähernd die gegenwärtige „Grenzabgabenquote“ zementiert und von jeder hinkünftigen Lohnerhöhung im Grunde genau so viel abgezogen wie bisher!

* Gänzlich untragbar ist darüber hinaus die demgegenüber besondere Begünstigung der höheren und Höchst-Einkommen durch das erneute Hinaufschrauben des Greifens des Spitzensteuersatzes von 50% ab einem Einkommen von 80.000 Euro anstatt bisherigen 60.000 (zumal die Höchsteinkommen zudem schon durch die Steuerstufen hindurch auch so bereits kräftig profitieren).

Damit würde etwa einem Beschäftigten mit dem vom ÖGB geforderten Mindestlohn von 1.500,- Euro nach diesem Modell lediglich eine steuerliche Entlastung von 534,- Euro zugutekommen, während einem Beschäftigten mit vierfachem Einkommen von 6.000,- Euro (also dem bisherigen Spitzensteuersatz) eine rund fünfmal so hohe Entlastung in der Höhe von 2.600,- Euro einstreift.

Entlastung der Nicht-Lohnsteuerpflichtigen völlig unzureichend!

Gleich den von uns bereits im Vorfeld vorgeschlagenen Anhebungen der Arbeitnehmer- und Verkehrsabsatzbeträge wie der Negativsteuer, setzt auch das ÖGB/AK-Modell zur Einkommenserhöhung der Nicht-Lohnsteuerpflichtigen an diesen Hebeln an. Aber viel zu gering! Und es bleibt weit hinter dem Möglichen und Nötigen zurück.

* Vor allem was die beiden ersteren anbelangt: Die Anhebung des Arbeitnehmer- und Verkehrsabsatzbetrags auf *insgesamt* 450,-, reduziert sich so auf eine Erhöhung um 105,- (8,75 pro Monat) - wohingegen deren von uns geforderte Aufstockung auf je 500,- eine Anhebung um 655,- (54,60 pro Monat) ergibt.

* Zu begrüßen ist hingegen die Bewegung im Bereich der Negativsteuer sowie die Forderung nach deren *automatischer* Ausbezahlung.

* Dass ÖGB&AK allerdings den Alleinerzieher(Innen)absatzbetrag aussparen, ist, gerade für ein Gros der geringverdienenden, teilzeitarbeitenden Alleinerzieherinnen, frauenpolitisch ein Schlag ins Gesicht.

Keine Abschaffung der kalten Progression?

Anstatt wie KOMintern für eine vollständige Abschaffung der kalten Progression (durch Inflationsanpassung) einzutreten, fordern ÖGB&AK lediglich deren „Eindämmung“ (via nebulöser „entsprechender politische Maßnahmen durch die Bundesregierung“) wenn die Teuerung seit der letzten Anpassung 5% erreicht hat (unter Ausblendung der Mitanpassung der Absatzbeträge und Negativsteuer).

Kampfperspektive?

Die ultimative gewerkschaftspolitische Selbstaufgabe liegt - jenseits ihres schwachbrüstigen Gehalts - allerdings darin, die größte ÖGB-Kampagne seit Jahrzehnten nicht konsequent und kämpferisch auszutragen, sondern in einer Petitionsüberreichung mit der Hauptlosung „Jetzt liegt’s an der Regierung“ (!) (ver-)enden zu lassen.

Lohnsteuer runter! Mehr Netto für alle!



Umverteilung & offensive Lohnpolitik Mit geballter gewerkschaftlicher Kraft!

Neuaufgabe inkl.
Analyse ÖGB/AK-
Modell

KOMintern
Kommunistische
Gewerkschaftsinitiative - **International**

Zunehmend magerere gewerkschaftliche Lohnabschlüsse und eine Lohnsteuer, die über die kalte Progression* (sprich das Hineinwachsen in höhere Steuerklassen) auch noch die mauen Teuerungsabgeltungen auffrisst:

Für die Beschäftigten ist „heuer bereits das fünfte Jahr in Folge, in dem die Einkommen real zurückgehen“, so sogar Karl Aiginger, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) dieses Frühjahr.

Und in der Tat, was hunderttausende Arbeitende bei jedem Griff ins Geldbörstel seit Jahren spüren und worauf kritische GewerkschafterInnen schon lange hinweisen, saufen die Reallohne nicht zuletzt auch aufgrund der zu hohen Lohnsteuer mehr und mehr ab.

Zur steuerlichen Lage in Österreich

Während Kapital und Unternehmen in den letzten Jahrzehnten ein Steuergeschenk nach dem anderen zugeschanzt bekamen, und unter dem Mantra eines „Standortwettbewerbs“ systematisch entlastet wurden, überflügelt die Lohnsteuer aktuell erstmals die Mehrwertsteuer, den traditionell größten Einnahmeposten im Staatsbudget.

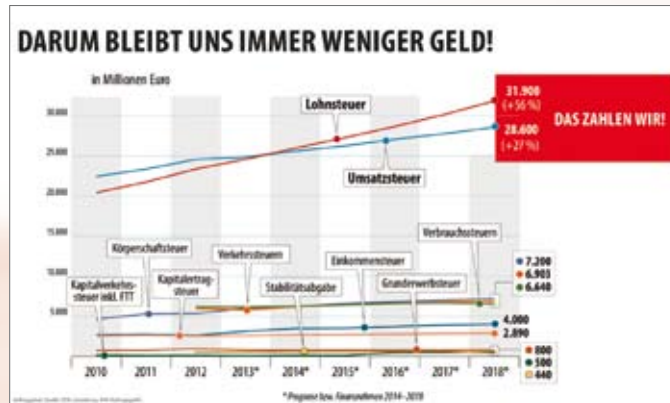
Lediglich knapp über 5% aller Steuereinnahmen stammen aus den Gewinnen. Mit einem läppischen vermögensbezogenen Steueranteil von 1,3% ist Österreich geradezu ein Steuerparadies für Großvermögende. Allein der dahingehende EU-15-Schnitt liegt immerhin viermal so hoch (5,3%). Die effektive Steuerleistung der österreichischen Großunternehmen wiederum liegt bei nur 19%.

Demgegenüber ist die durchschnittliche Abgabenbelastung aller Löhne und Gehälter mit rd. 41% doppelt so hoch. Zum einen frisst die - auch im internationalen Vergleich immense - Steuerbelastung für Beschäftigte so noch die letzten Krümel Lohnerhöhung auf, zum anderen zeigt sich an dieser „Schiefelage“, dass sich die österreichischen Staatseinnahmen, und zwar zu exorbitanten zwei Drittel, vor allem aus den beiden Massensteuern (Lohn- und Mehrwertsteuer) speisen.

Angesichts dessen fordert der ÖGB in der aktuellen Großkampagne nun völlig zurecht „Lohnsteuer runter!“ und eine **Senkung des Eingangssteuersatzes von dzt. 36,5% auf 25%.**

Allerdings: Unterschriftensammlungen und Zeitungsinserate werden als Kampfform dafür nicht ausreichen. Zumal bei der über eine Umverteilung von oben nach unten erforderlichen Gegenfinanzierung der Lohnsteuersenkung bereits jetzt breite großkoalitionäre Umfaller ersichtlich sind.

- * Die großmundig versprochene und propagierte Vermögenssteuer ist in Regierungsverhandlungen hinter verschlossenen Türen schon zuletzt einer minimalen Anhebungen bestehender vermögensbezogener Steuern gewichen.
- * Die dringende Durchsetzung einer Steuerreform mit 1.1.2015 weicht immer mehr einem Hinausschieben und zusätzlich einer bloß etappenweisen Umsetzung.
- * Und auch die geforderte Senkung des Eingangssteuersatzes auf 25% firmiert mehr und mehr als „Senkung Richtung 25%“.
- * Unter dem Titel der „Vereinfachung“ drohen überdies steuerbegünstigende Regelungen für Zulagen und Zuschläge zu fallen. Ein „Kompromiss“, der Tausenden und Abertausenden saftige Einbußen bescheren würde und eine Umverteilung innerhalb der Arbeitenden - anstatt von oben nach unten - bedeutete. Selbst die Begünstigungen des Urlaubs- und Weihnachtsgelds werden wieder und verschärft in Frage gestellt.



* Kalte Progression ist jene Steuermehrbelastung, die dann eintritt, wenn bei einem progressiven Steuertarif dessen Eckwerte nicht mit der Inflation angepasst werden. Einkommenserhöhungen - nur in Höhe der Inflationsrate - führen in diesem Fall zu einer Erhöhung der Steuerlast, obwohl das Realeinkommen nicht gestiegen ist. Insbesondere tritt das Problem durch das Hineinwachsen in eine höhere Steuerstufe auf. (ÖGB)

Wir fordern:

Keine faulen Kompromisse!

Was für die Arbeits- und Lebensinteressen der Arbeitenden in unserem Lande Not tut, ist eine sofortige und durch keine faulen Kompromisse ausgebleichte Lohnsteuersenkung!

Und damit bei dieser die kalte Progression nicht sofort wieder schlagend wird, fordern wir ihre Abschaffung durch eine jährliche automatische Erhöhung der Steuertarife um die Teuerungsrate (**Inflationsanpassung**).

Lohnsteuersenkung jetzt - doch sie allein reicht nicht aus!

Rd. 1,4 Millionen unselbständig Beschäftigte (rd. jede/r Dritte) sowie rd. 1,1 Millionen PensionistInnen (fast die Hälfte) haben ein zu geringes Jahreseinkommen, um überhaupt lohnsteuerpflichtig zu sein und würden von einer Lohnsteuersenkung sonach keinen Cent profitieren.

Um gerade auch ihr Nettoeinkommen im Zuge der Steuerreform zu erhöhen, bedarf es (entgegen spezifisch gelagertem fachgewerkschaftlichem Hickhacks) **parallel** auch weitreichender Verbesserungen und Neuerungen im Bereich der Negativsteuer und der Absetzbeträge.

- * Der im Jahr 2001 auf 54 Euro halbierte und seither nicht weiter indexierte **Arbeitnehmerabsetzbetrag** ist auf 500 Euro anzuheben.
- * Der **Verkehrsabsetzbetrag** ist von seinen gegenwärtigen 291 Euro/Jahr ebenfalls auf 500 Euro zu erhöhen.
- * Die Deckelung der **Negativsteuer** mit maximal 110 Euro muss abgeschafft werden, sodass jene, die derart wenig verdienen wenigstens die vollen 10% der Sozialversicherungsbeiträge, und zwar hinkünftig **automatisch**, zurückbekommen.
- * Der, vor allem Frauen betreffende, **Alleinerzieherabsetzbetrag** ist auf 1.000 Euro für das erste Kind und je 400 für jedes weitere Kind zu erhöhen.
- * Der **Pensionistenabsetzbetrag** von derzeit 400 Euro ist zu verdoppeln.

-> Und gleich dem Pensionistenabsetzbetrag bedarf es aus verteilungspolitischer Sicht für alle obigen Punkte einer **Einschleifregelung** bei sehr hohen Einkommen.

-> Damit diese Beträge nicht Jahr für Jahr durch die Inflation entwertet werden, fordert KOMintern ihre **Bindung** an die jährlich im Herbst ausverhandelte Ausgleichsrichtsätzen.

Gegenfinanzierung

Finanzieren lässt sich solch eine umfassende Lohnsteuerreform im zweitreichsten Land der EU schon alleine durch eine Anhebung der Besteuerung auf tätigkeitslose Rentiers-/Finanzeinkommen auf die Höhe des Höchststeuersatzes unselbständig Erwerbstätiger, nämlich 50% (anstatt reichumsbegünstigten dzt. 25%) für:

- * Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- * Veräußerungsgewinne
- * Spekulationsgewinne
- * Kapitalerträge (Wertpapiere, Derivate u.a.; keine Geldeinlagen)

sowie

* Heranziehung der realen Verkehrswerte (anstatt der inadäquaten derzeitigen Einheitswerte) bei der Besteuerung des Grund- und Bodenbesitzes.

Alleine eine derartige Besteuerung ergäbe ein Volumen von ca. 6 Milliarden Euro, plus dazukommender Mehreinnahmen aus zusätzlichem Konsum.

Weitere Milliarden lassen sich lukrieren durch:

- * Wiedereinführung einer Luxussteuer (Yachten, Motorboote, Flugzeuge, ...)
- * Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut
- * Durchsetzung einer Umsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte
- * sowie der längst überfälligen Bekämpfung von „tax shifting“ als versteckten Gewinntransfers, die sich über windige Briefkastenfirmengeschäfte der Steuer entziehen.

Für eine perspektivische Umverteilung von oben nach unten, im Sinne einer Gesamtsteuerreform und für die Finanzierung und den Ausbau des Sozialstaates, bedarf es darüber hinaus der Wiedereinführung der - einst unter SP-Finanzminister Lacina abgeschafften - Vermögenssteuer.